

Liebe Freunde,
gut, dass ihr hier seid. Der Ostermarsch, er war noch nie so wichtig wie heute.
Ich bin Alexander King, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und dort im
Europaausschuss.

Und ich komme von einer Delegationsreise nach Brüssel zurück. Und ich möchte mit euch
teilen, was ich dort erlebt habe. Denn es ist beunruhigend – und jeder sollte es wissen. Dort
wird mit unserem Leben gespielt.

Es sollte uns Angst machen. Aber vor allem sollte es uns wütend und widerständig machen.

Wenn wir uns nicht wehren, werden wir bald in einem ganz anderen Europa leben, in einem
anderen Deutschland. Wenn wir überhaupt noch leben.

Aber wir werden uns wehren. Ihr zeigt heute, dass ihr euch wehren wollt. Und das finde ich
großartig. Den „Großkrieg“, von dem EU-Kommissionschefin von der Leyen jetzt immer spricht
und auf den uns unsere Politiker vorbereiten – wir wollen ihn nicht.

Wir wollen nicht, dass sämtliche Ressourcen in die Kriegsvorbereitung gesteckt werden, unsere
Schulen, unsere Unis, unsere Verkehrswege – alles wird jetzt auf Krieg ausgerichtet. Das wollen
wir nicht!

In Brüssel wurde uns ganz nonchalant, bei Kaffee und Gebäck, erzählt, dass die norddeutsche
Tiefebene zu einem Auf- und Durchmarschgebiet ausgebaut werden müsse – damit schweres
Militärgerät und Truppen von den deutschen Nordseehäfen an die Ostflanke transportiert
werden können.

Unsere Straßen und Brücken müssten panzerfähig werden. Dafür sollen zig Milliarden Euro
ausgegeben werden.

ReArm EUrope – so hieß das Aufrüstungsprogramm der EU-Kommission zunächst. Jetzt wurde
es umbenannt in Readiness, Bereitschaft 2030. Das soll weniger martialisch klingen, hat man
uns in Brüssel erklärt.

Ich finde, Bereitschaft 2030 klingt martialisch genug. Ich finde, es klingt nach
Kriegsvorbereitung. Und wir lehnen das ab.

Die EU bricht für die Militarisierung ihre eigenen Tabus. Gemeinschaftsschulden waren lange
Teufelszeug, als es darum ging, damit Armut zu bekämpfen.

Jetzt, für die Anschaffung von Rüstungsgütern sind sie erlaubt – 150 Milliarden an Krediten
sollen dafür bereitgestellt werden. Das ist pervers.

Aber damit nicht genug. Die Beschaffungen sollen steuerlich vergünstigt und bürokratisch
erleichtert werden.

SAFE nennt sich die entsprechende Vorlage – sicher. Wir verstehen unter Sicherheit etwas
anderes, als grenzenlose Aufrüstung!

Die EU-Schuldenbremse, der Stabilitäts- und Wachstumspakt wird gelockert, vor kurzem noch
undenkbar. Aber natürlich ausschließlich für die Aufrüstung. 650 Milliarden sollen auf diese
Weise mobilisiert werden.

Diese EU ist keine Friedenskraft – sie ist ein Risiko für die Menschen in Europa.

Anstatt sich den bestehenden internationalen Bemühungen um einen Friedensschluss in der Ukraine anzuschließen oder selbst initiativ zu werden, will die EU offenbar den Krieg alleine ohne die USA weiterführen.

Das ist verantwortungslos und wir verweigern den Gehorsam.

Wem die Maßnahmen in der EU, Lockerung der Schuldenbremse, Darlehen für Rüstungsanschaffungen, bekannt vorkommen, der irrt nicht.

Die Maßnahmen in der EU und die Grundgesetzänderung in Deutschland – sie gehen Hand in Hand. Sie sind gut abgestimmt. Die Schuldenorgie in Deutschland kam nicht plötzlich, sie war von langer Hand geplant.

Dass Parteien und Medien dieses Thema aus dem Wahlkampf herausgehalten haben, dass sie lieber über Migration und die Brandmauer gesprochen, aber hinter der Brandmauer heimlich, still und leise diese ungeheure Aufrüstung vorbereitet haben – das ist der größte Wahlbetrug der bundesdeutschen Geschichte, eine Verhöhnung der Demokratie und der Wähler.

Aber das Schlimmste an allem ist, wie leicht sie es haben. Im Bundestag, so wie er jetzt zusammengesetzt ist, haben sie keinen Widerstand zu befürchten.

In Brüssel war ich mit Kollegen aller Parteien unterwegs. Keiner außer mir, kein einziger, hat sich auch nur ein einziges Mal kritisch zu den Rüstungsprogrammen geäußert.

Der Kollege von der AfD nicht, der Kollege von der LINKEN nicht, die Kollegen von CDU, SPD und GRÜNEN eh nicht.

In diesen Zeiten, wenn es ums Ganze geht, ist es wichtig, genau zu wissen, wer sich wie verhält.

Wer hat im Bundesrat zugestimmt, wer hat Ja gesagt zu den Kriegskrediten in unbegrenzter Höhe? Es waren die Bundesländer, die von CDU, CSU, SPD, GRÜNEN und von den LINKEN regiert werden.

Und wer hat seine Zustimmung versagt, wer hat nicht Ja gesagt? Es waren die Bundesländer, die mit dem BSW – Bündnis Sahra Wagenknecht regiert werden. Das muss jeder wissen.

Wir sind nicht „bereit“, 2030 oder 2029 oder 2028 in einen Großkrieg gegen Russland zu ziehen. Wir sind bereit, sofort den Ukraine-Krieg auf dem Verhandlungsweg zu beenden und mit allen Völkern Europas, mit allen, auch mit den Russen, in Frieden zu leben. Dazu sind wir jederzeit bereit.